



Presseschau vom 17.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts::

de.sputniknews.com: „Zeichen der Degradierung“ – Außenpolitiker über Wahlverbot für Russen in Ukraine

Kiew will verhindern, dass russische Staatsbürger bei den Präsidentenwahlen am Sonntag in der Ukraine ihre Stimme abgeben können. Daher soll ihnen der Zugang zu russischen konsularischen Einrichtungen verwehrt werden. Der russische Außenpolitiker Konstantin Kosatschow hat nun diesen Schritt der ukrainischen Führung unmissverständlich bewertet. Laut Konstantin Kosatschow, dem Chef des Auswärtigen Ausschusses des russischen Oberhauses, ist die Entscheidung Kiews, russischen Bürgern die Teilnahme an den Präsidentenwahlen zu verbieten, ein Zeichen der weiteren staatlichen Degradierung der Ukraine.

„Die heutige Erklärung von (dem ukrainischen Innenminister Arsen) Awakow bedeutet entweder, dass die Ukraine ihre internationalen Verpflichtungen nicht erfüllen kann oder nicht erfüllen will. Sowohl das eine, als auch das andere ist gleichermaßen schlecht und zeugt von dem anhaltenden Prozess der Degradierung der ukrainischen Staatlichkeit“, erklärte der russische Politiker auf seinem Facebook-Account.

Die Rechte russischer Staatsbürger würden unaufhörlich auf dem Territorium der Ukraine missachtet und verletzt – der Verbot, an den russischen Präsidentenwahlen teilzunehmen, sei nur ein weiterer Beleg.

Gleichzeitig sieht er internationale Organisationen in der Pflicht. Diese müssten nun auf allen internationalen Plattformen auf die „Gefahr für die Demokratie und bürgerliche Freiheiten“ in

der Ukraine hinweisen.

In einem zivilisierten Land nicht möglich

Das russische Außenministerium reagierte ebenfalls und erklärte, dass die Kiewer Entscheidung allen Normen des Völkerrechts widerspreche.

Es sei vor allem ein Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Russlands einzumischen. Dieser Weg werde aber nur zu einer weiteren Eskalation führen.

Ein Vertreter des russischen diplomatischen Personals erklärte Sputnik in diesem Zusammenhang, dass Moskau eine Sondersitzung des OSCE-Rates einberufen könnte, um die offensichtlichen Verstöße der ukrainischen Regierung gegen das Völkerrecht zu besprechen.

„Mit den Verfahren unserer Organisation können wir die Möglichkeit nicht ausschließen, eine Sondersitzung des ständigen Rates einzuberufen, die den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine im Zusammenhang mit der russischen Präsidentenwahl gewidmet sein wird“, erklärte der Gesprächspartner gegenüber Sputnik.

de.sputniknews.com: Ukraine will Programm ökonomischer Kooperation mit Russland kippen

Das ukrainische Kabinett will ein 2011 unterzeichnetes Programm der ökonomischen Kooperation mit Russland per Beschluss aufkündigen. Das teilte der ukrainische Regierungschef Wladimir Groisman am Freitag in einem Interview des TV-Senders 112 Ukraine an.

„Wir arbeiten daran, unsere Wirtschaft umzuorientieren und uns von dem loszulösen, was uns Russland ständig aufgezwungen hat... Der Beschluss dürfte am kommenden Mittwoch (21. März) gefasst werden. Wir werden alles tun, damit das Aggressorland einen hohen Preis für die Invasion der Ukraine zahlt“, sagte Groisman.

Russland und die Ukraine hatten 2011 ein Programm der ökonomischen Kooperation mit einer Laufzeit bis 2020 unterzeichnet. Das Dokument sieht unter anderem den Ausbau des freien Handels, den gegenseitigen Schutz von Investitionen und die Gewährleistung der Freizügigkeit von Bürgern vor.

In dieser Woche hatte bereits das ukrainische Außenministerium Vorschläge zum Ausstieg der Ex-Sowjetrepublik aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und zur Aufkündigung eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Russland vorgelegt.

Dabei war Russland im vergangenen Jahr größter Handelspartner der Ukraine. Der gegenseitige Warenumsatz stieg im Vergleich zu 2016 beachtlich: Die russischen Ausfuhren in die Ukraine um 140 Prozent auf etwas mehr als sieben Milliarden US-Dollar und die ukrainischen Exporte nach Russland um 110 % auf knapp vier Milliarden Dollar.

Ukrinform.ua: Ukrainischer Botschafter in Berlin: Ukraine ist empört über Forderungen nach Abbau von Russland-Sanktionen

Der Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, hat Forderungen des Deutschen Bauernverbandes nach Verhandlungen über den Abbau der Russland-Sanktionen als „zynisch“ bezeichnet. Die Ukrainer seien „schockiert“ über diesen Aufruf, sagte der Diplomat in seinem Kommentar für die Deutsche Presse-Agentur, der von Green Peace magazine nachgedruckt wurde.

„Die Russland-Sanktionen abzubauen, ohne dass der Kreml den blutigen Krieg gegen die Ukraine beendet hat, wäre ein fataler Fehler“, sagte der Botschafter. Melnyk reagierte dabei auf die Worte des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, der zuvor „massive Folgen“ des russischen Embargos für viele westliche Lebensmittel als Vergeltung für die EU-Wirtschaftssanktionen beklagte. „Russland war für den deutschen Agrarsektor ein wichtiger Markt mit einem Handelsvolumen von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr“, erklärte

Rukwied.

Melnyk betonte weiter, von vermeintlichen „katastrophalen Verlusten“ der deutschen Wirtschaft könne keine Rede sein. Die deutschen Agrarexporte nach Russland stiegen von 2015 auf 2016 um 2,4 Prozent auf 889 Millionen Euro an, sagte der Botschafter unter Verweis auf Zahlen des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Auch von 2016 auf 2017 war laut dem Statistischen Bundesamt ein Anstieg von mehreren Prozent zu verzeichnen.

Es sei irreführend, unter diesen Umständen eine verheerende Wirkung der Sanktionen auf die Agrarbranche zu beklagen, so Melnyk. „Sich so viel um die Schweine Sorgen zu machen und dabei über 10300 getötete Ukrainer hinwegzusehen sowie neue Opfer in Kauf zu nehmen, ist moralisch und christlich schwer vertretbar“, sagte der Diplomat. „Das wäre ein Dolchstoß in unseren Rücken. Die Ukrainer hoffen auf die standfeste Solidarität der neuen Bundesregierung und einen neuen baldigen Anlauf der diplomatischen Bemühungen, um dem russischen Krieg ein Ende zu setzen.“

de.sputniknews.com: Russland leitet Ermittlungsverfahren wegen Mordversuchs an Skripals Tochter Yulia ein

Russland hat ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes an Yulia Skripal – Tochter von Ex-Agent des russischen Auslandsgeheimdienstes GRU Sergej Skripal – eingeleitet. Das teilte die Sprecherin der Ermittlungsbehörde, Swetlana Petrenko, am Freitag in Moskau mit.

„Ermittelt wird in Übereinstimmung mit dem russischen Gesetz und Völkerrechtsnormen. Engagiert werden hochqualifizierte Experten. Die Ermittler erklären sich zu einer gemeinsamen Arbeit mit zuständigen Organen Großbritanniens bereit“, sagte sie.

Ex-Doppelagent Skripal (66) und seine 33-jährige Tochter Yulia waren am 4. März bewusstlos auf einer Parkbank in der südenglischen Kleinstadt Salisbury aufgefunden worden. Ihr Zustand bleibt weiterhin kritisch. Britischen Angaben zufolge war bei dem Attentat das in der Ex-Sowjetunion entwickelte, äußerst gefährliche Nervengift „Nowitschok“ verwendet worden. Dabei wurde Russland Zugang zu den Ermittlungen und zu Proben der verdächtigen Substanz verwehrt.

Moskau weist jegliche Anschuldigungen zurück, in den Giftanschlag auf Skripal verwickelt worden zu sein.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Poroschenko droht Russland mit „neun Gramm Plumbum“

Russland sollte laut dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko wissen, dass die Ukraine „zur Abwehr bereit ist“. Dies erklärte er bei seinem Auftritt in der Stadt Kramatorsk (Gebiet Donezk). Ein entsprechendes Video wurde auf dem Facebook-Account von Poroschenko veröffentlicht.

Poroschenko sagte, man habe die Ukrainer „einige Jahrzehnten mit Schlafliedern über das friedliebende Russland eingeschläfert“. Seiner Meinung nach habe man das gemacht, damit die Ukrainer nicht zu einem russischen Angriff bereit wären.

„Aber ich erkläre: Ein solcher Fehler wird nie wieder gemacht – Russland soll wissen, dass wir zur Abfuhr bereit sind und neun Gramm Plumbum für jeden horten, der mit dem Schwert zu uns kommt“, sagte Poroschenko.

Das ukrainische Parlament hatte am 18. Januar dieses Jahres das Gesetz über eine Reintegration des Donbass verabschiedet. Russland wird als „Aggressor“ und das von Kiew nicht kontrollierte Territorium als „okkupiert“ bezeichnet. In der Endfassung des Dokuments ist keine Rede mehr von der vorrangigen Bedeutung der Minsker Vereinbarungen.

Mil-Inr.info: In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feueinstellung wurde eingehalten.

de.sputniknews.com: USA verhindern Regierungskontrolle über Deir ez-Zor und UN-Bewertungsmission in Rakka

Die Einheiten der US-Armee verhindern die Rückkehr der östlichen Gebiete der Provinz Deir ez-Zor unter die Kontrolle der syrischen Regierung und lassen die humanitären Organisationen sowie die UN-Bewertungsmission nicht nach Rakka durch. Dies geht aus einer Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums hervor.

„Die Rückkehr der Bevölkerung in die östlichen Gebiete der Provinz Deir ez-Zor, die unter Kontrolle der pro-amerikanischen Einheiten der so genannten „Demokratischen Kräfte Syriens“ stehen, ist eine wichtige Richtung in der Aktivität der syrischen Behörden. Die sich in diesen Gebieten aufhaltenden Einheiten der US-Armee wirken dem Wiederaufbau der syrischen staatlichen Institutionen entgegen“, heißt es in der Mitteilung.

Ein wesentliches Problem, das die Rückkehr der syrischen Bürger auf das östliche Ufer des Euphrats verhindert, sei ein fehlende Flussübergänge, die von der Luftwaffe der US-Koalition zerbombt worden seien.

Insgesamt seien seit dem 1. Dezember 2017 mehr als 23.000 Menschen in die von der Regierung kontrollierten Gebiete der Provinz Deir ez-Zor zurückgekehrt, darunter 12.000 Menschen, die in die Stadt Salhiyah kamen, wo sich ein russisches Koordinierungszentrum zur Unterstützung der Einwohner befinde.

Zudem würden die USA Vertreter aller humanitären Organisationen daran verhindern, nach Rakka zu kommen, hieß es in der Mitteilung weiter. Dies gelte auch für die UN-Bewertungsmission, die das Ausmaß der humanitären Katastrophe in der Stadt feststellen und den Umfang der dringlichen Hilfe für die Ortsbevölkerung bestimmen sollte.

Dabei seien lediglich wenige Viertel im Stadtzentrum von Rakka relativ sicher. Der Aufenthalt in den meisten Stadtteilen sei lebensgefährlich, so das russische Verteidigungsministerium:

„Tausende Leichen von Zivilisten und Kämpfern, die bei den massiven Bombardements von Rakka durch die US-Koalition umgekommen und nicht entfernt worden sind, sind noch in den Trümmern verschüttet. In der Stadt sind Ausbrüche von Infektionskrankheiten festzustellen, die mit dem Eintreten des warmen Wetters eine Epidemie auslösen könnten“, heißt es.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31654/38/316543803.jpg>

de.sputniknews.com: Britischer Botschafter in Moskau einbestellt

Das russische Außenministerium hat den britischen Botschafter Laurie Bristow einbestellt. „Der britische Botschafter wurde ins Außenministerium einbestellt“, teilte am Samstag Russlands Außenamt mit.

Der Botschafter kam gegen 11 Uhr Ortszeit im Außenministerium an und befand sich dort etwa zehn Minuten.

„Russland informierte über Gegenmaßnahmen“ sagte Bristow gegenüber Journalisten, nachdem er das Außenamt verlassen hatte.

Später erklärte das russische Außenministerium 23 diplomatische Mitarbeiter der britischen Botschaft in Moskau zu Personen non grata und forderte sie auf, Russland innerhalb einer Woche zu verlassen. Außerdem teilte die Behörde mit, das britische Generalkonsulat in St. Petersburg solle geschlossen werden und die Tätigkeit des British Council sei eingestellt worden....

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Wir merken an, dass dies der vierte Fall vollständiger Ruhe in allen Richtungen ist. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 183.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 (Moskauer Zeit) in Kraft trat.

de.sputniknews.com: 800.000 Einwohner sind nach Aleppo zurückgekehrt – Russlands Verteidigungsministerium

Mehr als 800.000 Menschen sind in die Stadt Aleppo und dessen Vororte zurückgekehrt, die von den Terrorkämpfern der Miliz Dschabhat an-Nusra zurückerobert worden sind. Dies geht aus einer Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums hervor.

„In die Stadtteile, die von „Dschabhat an-Nusra“ und den verbündeten Einheiten befreit worden sind, sind seit Dezember 2016 mehr als 800.000 Menschen zurückgekehrt“, heißt es in der Mitteilung.

Die lokalen Behörden würden den Einwohnern beim Wiederaufbau der Wohnungen helfen. Märkte, Schulen und medizinische Einrichtungen seien offen. Auch die landwirtschaftliche Produktion werde aktiv wiederaufgebaut.

Zudem würden Einwohner von Aleppo, die im Dezember 2016 in die Provinz Idlib umgezogen waren, seit dem 4. März 2018 zurückkehren: 870 Familien (insgesamt 3409 Menschen) seien über einen vom iranisch-russisch-türkischen Zentrum eingerichteten humanitären Korridor heimgekehrt.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

de.sputniknews.com: **Wahlverbot für Russen in Ukraine: Ombudsfrau appelliert an UN und OSZE**

In Bezug auf die Pläne des ukrainischen Innenministeriums, russische Staatsbürger nicht zur Stimmabgabe bei der Präsidentenwahl am 18. März zuzulassen, hat Russlands

Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa offizielle Schreiben an die Uno, die OSZE und den Europarat geschickt.

„Im Zusammenhang mit dieser Erklärung sandte die russische Menschenrechtsbeauftragte, Tatjana Moskalkowa, offizielle Briefe an die Uno, den Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte und an den Menschenrechtskommissar des Europarates“, heißt es in einer Erklärung, die auf der offiziellen Webseite von Moskalkowa veröffentlicht wurde.

In den Briefen betont Russlands Menschenrechtsbeauftragte, die Vertreter der internationalen Organisationen sollten sich in die Situation einzumischen und die ukrainischen Behörden dazu bewegen, das Wahlrecht der russischen Bürger in der Ukraine zu sichern.

Zuvor hatte das ukrainische Innenministerium mitgeteilt, es werde russische Staatsbürger nicht zur Stimmabgabe bei der Präsidentenwahl am 18. März zulassen. Ihnen solle der Zugang zur russischen Botschaft sowie zu allen weiteren konsularischen Institutionen verwehrt werden. Nur Angestellte der russischen diplomatischen Missionen hätten freien Zutritt, hieß es.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31871/29/318712977.jpg>

de.sputniknews.com: Mysterium um „Nowitschok“: Das Gift hat keine geografische Herkunft – Experte

Laut London soll eine als „tödlichstes je erfundenes Nervengift“ bezeichnete Substanz den Ex-KGB-Agenten Skripal getötet haben. Fast. Russland sei der Schuldträger.

Höchstwahrscheinlich. In einem Interview erklärt Anton Utkin, Chemiewaffen-Experte und ehemaliger UN-Inspekteur im Irak, wieso sich die Herkunft des Gifts jedoch nicht bestimmen lässt.

„Alle Informationen über diesen Stoff haben wir von Massenmedien bekommen. Ich habe kein einziges ernsthaftes Dokument hinsichtlich der Eigenschaften von diesem „Nowitschok“ gesehen. 17 Jahre lang befasste ich mich mit der Vernichtung russischer Chemiewaffen und ich leitete ein Team, das alle Technologien zur Vernichtung von Chemiewaffen in Russland entwickelt hat. Ich kann sicher behaupten, dass Verbindungen wie „Nowitschok“ und ähnliche Stoffe, deren Formeln im Internet zu finden sind, nie im Dienstgebrauch der Russischen Föderation gewesen sind.“

Der Experte beschrieb, auf welche Art die Analyse einer Substanz erfolgt. Soll bewiesen werden, dass diese Substanz eingesetzt wurde, müsse eine neue Probe synthetisiert werden.

Diese werde dann mit der Probe vom Tatort verglichen. Nehmen wir an, dass es den Briten gelungen ist, eine Substanzprobe zu synthetisieren und Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies ist allerdings dem Experten zufolge praktisch unmöglich, weil seit dem Vorfall zu wenig Zeit vergangen ist. Trotzdem wurden sofort Vorwürfe gegen Russland laut. Die Frage ist nun: Wie kann die Herkunft der giftigen Substanz festgestellt werden?“

„Es gibt nur eine Methode, nämlich die Analyse der Verunreinigungen, die bei der Herstellung einer giftigen Substanz oder einer anderen Chemikalie entstehen. Sie geben Aufschluss über die Technologie, mit der diese Chemikalie erzeugt wurde. Es können jedoch keine Rückschlüsse auf die geografische Herkunft dieses Stoffes gezogen werden. Überall auf der Welt kann eine Chemikalie mit derselben Technologie generiert werden und die Verunreinigungen werden zu 99 Prozent ähnlich sein.“

Britische Experten begründen ihre Schlussfolgerungen folgendermaßen: Da diese „mythische Substanz“ einmal in Russland erfunden wurde, sei Russland für alle Vergiftungen auf der Erde verantwortlich. Genauso gut könnte man Russland für den Tod aller Menschen verantwortlich machen, die mit einem Kalaschnikow-Maschinengewehr erschossen wurden, weil diese Waffe in der Sowjetunion erfunden wurde, so der Experte.

Laut der britischen Seite steht Russland hinter dem mutmaßlichen Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury vom 4. März dieses Jahres. Bis dato sind noch immer keine Beweise für die Beteiligung Russlands an der Vergiftung von Skripal vorhanden.

Armiyadnr.su: Ergebnisse der humanitären Aktivität der Streitkräfte der DVR in der letzten Woche.

Die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik setzen ihre regelmäßige humanitäre Aktivität zur Leistung von Hilfe an frontnahe Ortschaften sowie an einzelne Organisationen und Einrichtungen der DVR fort.

So haben die Streitkräfte der DVR am 12. März Hilfe bei der Lieferung einer humanitären Ladung der Moskauer Filiale der humanitären Organisation „Kampfbruderschaft“ für die Einwohner einer der am häufigsten von den Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte betroffenen Ortschaften geleistet – der Ortschaft Luganskoje. Die Ladung bestand aus warmer Kleidung, Lebensmitteln, Schulsachen und Kuscheltieren für die Kinder.

Artur Lysenko, der Leiter der Ortsverwaltung von Luganskoje, dankte im Namen der Einwohner den Soldaten, die die Sachen brachten, und allen russischen Staatsbürgern, die gegenüber dem Schicksal der Einwohner des Donbass nicht gleichgültig geblieben sind.

Am gleichen Tag organisierten die Streitkräfte der DVR gemeinsam mit dem karitativen Fonds „Ruspomoschtsch“ die Lieferung von humanitärer Hilfe an die Gesellschaft „Von der Verzweiflung zur Hoffnung“ in Gorlowka. Es handelte sich um Kleidung, Windeln und Lebensmittelpakete. Die Gesellschaft unterstützt Familien mit Kindern mit Autismus, Down-Syndrom und geistigen Behinderungen.

Am 16. März organisierten die Streitkräfte der DVR gemeinsam mit derselben gesellschaftlichen Organisation „Kampfbruderschaft“ der Stadt Tscheljabinsk und mit Unterstützung des gesellschaftlichen Stabs zur Leistung von Unterstützung an die frontnahen Ortschaften die Lieferung von mehr 3,5 Tonnen Lebensmittel in Ortschaften am Rand von Gorlowka. Die Lebensmittel wurden an Veteranen der Arbeit und Einwohner im Rentenalter ausgegeben.

de.sputniknews.com: Russlands Antwort auf britische Maßnahmen (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Das russische Außenministerium hat am Samstag 23 diplomatische Mitarbeiter der britischen Botschaft in Moskau zu Personen non grata erklärt und sie aufgefordert, Russland innerhalb

einer Woche zu verlassen.

„23 diplomatische Mitarbeiter der britischen Botschaft in Moskau werden zu Personen non grata erklärt und innerhalb einer Woche ausgewiesen“, heißt es in einer Erklärung auf der Webseite des russischen Außenamtes.

Dort wird außerdem erklärt, mit Rücksicht auf die Disparität in der Zahl der Konsulatsseinrichtungen beider Länder werde Russland die Genehmigung auf Eröffnung und Tätigkeit des britischen Generalkonsulats in St. Petersburg abrufen.

Es wird betont, die entsprechenden Prozeduren würden in Übereinstimmung mit der Völkerrechtspraxis durchgeführt....

Die Tätigkeit des British Council ist eingestellt worden, meldet das russische Außenministerium am Samstag auf seiner offiziellen Webseite.

„Aufgrund des ungeklärten Status des British Council in der Russischen Föderation wird seine Tätigkeit eingestellt“, so die Mitteilung des russischen Außenamtes.

Die britische Seite sei informiert worden, dass die russische Seite sich das Recht auf weitere Gegenmaßnahmen vorbehalte, falls weitere unfreundliche Aktivitäten gegen Russland unternommen würden.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Georgiens Präsident: Wir haben unsere Nato-„Hausaufgaben“ gemacht
Georgien hat alle Voraussetzungen für den Nato-Beitritt erfüllt. Diese Auffassung hat der georgische Präsident Giorgi Margwelaschwili in dieser Woche bei einer Rede in der Washingtoner konservativen Stiftung „The Heritage Foundation“ zum Ausdruck gebracht. Georgien habe alle Punkte seiner „Hausaufgaben“ erfüllt, unter anderem notwendige Reformen durchgeführt und verschiedene Forderungen erfüllt, die die Nordatlantische Allianz für den Beitritt gestellt habe, zitiert die Zeitung „Kommersant“ den georgischen Staatschef. Die Nato-Länder hätten einen Konsens erreicht, und es gebe derzeit nur entschlossene Befürworter von Georgiens Nato-Beitritt. Eine Gruppe von Ländern glaube jedoch, dass „wir es langsam angehen sollten“, so Margwelaschwili. Die Beitrittsverhandlungen seien noch im Gange.

Ende 2017 hatte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg gesagt, Georgien und die Ukraine seien noch nicht bereit, der Nato beizutreten. Das russische Außenministerium ist der Ansicht, dass die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Georgien und der Nato eine Bedrohung für die Sicherheit der transkaukasischen Gebiete darstellt.

Im September 2017 hatte der US-Sondergesandte für die Ukraine, Kurt Volker, geäußert, Georgien solle dazu bereit sein, als einer der ersten dem Bündnis beizutreten, wenn die Nato eine weitere Erweiterung beschließen werde.

armiyadnr.su: Berichts des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen des Gegners festgestellt.

Wie wir sehen, hat der zum Kommandeur der Operation der vereinigten Kräfte ernannte Najew alle möglichen Anstrengungen eingebracht, um während des Besuchs seines hochgestellten „Schutzherrn“ P. Poroschenko am 16. März in der Zone der sogenannten „ATO“ Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten.

Dabei haben wir Informationen darüber erhalten, dass es eine direkte Vereinbarung des neuen Kommandeurs mit den Anführern der nicht von der Regierung kontrollierten

nationalistischen Gruppierungen an der Front gibt. Najew hat versprochen, die Verbrechen der Nationalisten in der Zukunft zu decken, falls die an diesem Tag den Waffenstillstand einhalten.

Außerdem hat der Feind beschlossen, während des Übergangs von der sogenannten „Antiterroroperation“ zu einer „Operation der Vereinigten Kräfte“, im Bewusstsein, dass es von Seiten unserer Streitkräfte möglich ist, angemessenen Widerstand zu leisten, die hauptsächlich Anstrengungen auf den Terror gegen die örtliche Bevölkerung auf den zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorien zu konzentrieren.

So haben nach Informationen unserer Aufklärung Vertreter ukrainischer bewaffneter Formationen im Gebiet von Nikolajewka und Nowognatowka unter dem Deckmantel der Durchführung von Maßnahmen zur Entdeckung von Anhängern unserer Republik sowie einer möglichen Aktivierung von Kämpfen örtliche Einwohner aus ihren Häusern vertrieben. Dabei werden nach der feigen Tradition der ukrainischen Kämpfer hauptsächlich wenig geschützte Kategorien von Bürgern vertrieben – Frauen, Kinder und alte Menschen. Das heißt Familien, in denen die Männer bereits zuvor von Vertretern des Sicherheitsdienstes der Ukraine festgenommen wurden oder in der Zone der sogenannten „ATO“ einfach starben oder vermisst werden.

Die auf diese prinzipienlose Weise freigemachten Häuser werden für ukrainische Kämpfer als Unterkünfte verwendet, in der Folge werden die Wohnungen ausgeraubt und in einigen Fällen vernichtet.

Ein Fall, der dies deutlich demonstriert, ist am 15. März in der 93. mechanisierten Brigade im Gebiet von Wolnowacha erfolgt, wo in der Folge einer Detonation von Haushaltsgas an einem Wohnort von Personal in einem der besetzten Häuser ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte starb und drei verletzt wurden. Wie gewöhnlich hat der Stab der sogenannten „ATO“ mitgeteilt, dass es an diesem Tag weder Tote noch Verletzte gab.

de.sputniknews.com: Ost-Ghuta: Dschebhat an-Nusra machte sich bewaffnete Gruppierungen untertan – Lawrow

Die Terrormiliz „Dschabhat an-Nusra“ hat alle anderen bewaffneten Gruppierungen im syrischen Ost-Ghuta unter ihre Herrschaft gebracht und sollen sogar ein gemeinsames Kommando haben. Darauf hat der russische Außenminister, Sergej Lawrow, verwiesen. Allerdings besteht nun die Hoffnung, dass sich diese Gruppierungen von „an-Nusra“ trennen. Die Deeskalationszone in Ost-Ghuta werde „leider von der ‚Dschabhat an-Nusra‘ kontrolliert“, so der russische Außenminister in einem Interview mit dem staatlichen TV- und Rundfunksender Kasachstans.

„‚Dschabhat an-Nusra‘ machte sich die bewaffneten Gruppierungen, die ein Teil des Verhandlungsprozesses hätten sein sollen, leider untertan. Sie bildeten ein gemeinsames Kommando. Im Grunde genommen begannen drei Gruppierungen, und zwar ‚Faylaq al-Rahman‘, ‚Jaysh al-Islam‘ und ‚Ahrar al-Scham‘, sich mit der vom UN-Sicherheitsrat als Terrororganisation eingestufenen ‚Dschabhat al-Nusra‘ zu verbünden, sagte er.

Die russischen Militärs haben „den syrischen Vertretern bei den Kontakten mit diesen drei Gruppierungen geholfen, um deren Trennung von den Terroristen durchzusetzen und damit den Kampf gegen Terroristen ohne jegliche Zweideutigkeiten zu ermöglichen“.

„Bis zum Beginn dieses Prozesses hat es sehr lange gedauert. Jetzt gibt es die Hoffnung, dass sich diese bewaffneten Einheiten von ‚Dschabhat an-Nusra‘ trennen.

de.sputniknews.com: Längst kein Stellvertreterkrieg mehr – Lawrow über westliche Spezialkräfte in Syrien

Laut dem russischen Außenminister, Sergej Lawrow, befinden sich in Syrien Spezialkräfte der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Er bezeichnete diesen Umstand als eine „direkte

Beteiligung am Krieg“.

„(In Syrien) ‚auf dem Boden‘ befinden sich die Spezialkräfte der USA (sie bestreiten es gar nicht), Großbritanniens, Frankreichs und einiger anderer Länder. Darum ist es kein Stellvertreterkrieg mehr, sondern eine direkte Beteiligung am Krieg“, sagte Lawrow in einem Interview mit dem staatlichen TV- und Rundfunksender Kasachstans.

Er merkte an, Russland verurteile die illegale Präsenz der ausländischen Streitkräfte auf dem syrischen Territorium. Die US-geführte Koalition sei aus der Sicht des Völkerrechts und der UN-Charta unrechtmäßig.

„Wir sind Realisten und verstehen, dass wir sie nicht bekriegen können. Darum koordinieren wir unsere Handlungen, zumindest was die Nichtzulassung der unabsichtlichen Zusammenstöße angeht. Unsere Militärs stehen im ständigen Kontakt mit den US-Befehlshabern, die Militäreinsätze auf dem syrischen Territorium leiten“, so Lawrow.

Die Worte der US-Botschafterin bei der Uno, Nikki Haley, über die Bereitschaft der USA, Damaskus zu bombardieren, bezeichnete Russlands Chefdiplomat als „verantwortungslos“.

„Ich weiß nicht, wer die US-Botschafterin, Nikki Haley, autorisiert hat zu sagen, dass die Vereinigten Staaten bereit sein werden, Damaskus und fast den Präsidentenpalast von Bashar Assad zu bombardieren, und dass es egal ist, dass sich dort russische Vertreter befinden. Das ist eine absolut unverantwortliche Aussage“, so Lawrow.

[Ukrinform.ua: azenjuk: Nord Stream 2 macht Europa von Unternehmen abhängig, das von Putin kontrolliert wird](#)

Die Pipeline Nord Stream 2 ist ein antiukrainisches, antipolnisches, antislowakisches und antieuropäisches Projekt. Das sagte der ehemalige Regierungschef der Ukraine und Chef der Partei „Narodnyi Front“, Arsenij Jazenjuk auf der Konferenz „Revolution, Krieg und ihr Folgen“ in Warschau.

Die Pipeline werde Europa von einem Unternehmen abhängig machen, das von dem Kreml und Putin persönlich kontrolliert wird. „Wie kann man das Projekt unterstützen, mit welchem Russland den europäischen Energiemarkt erobert“, sagte Jazenjuk.

Laut Jazenjuk sind Schritte für die Energiesicherheit notwendig. Hier gehe es um die Einheit in der EU, was vorrangig sei, Business, Wirtschaft oder doch Werte. „Und nicht nur die Werte, sondern auch das Bewusstsein für die eigenen Herausforderungen für die EU-Mitglieder im Energiebereich“.

Nach den Worten von Jazenjuk sind die Ukraine und Polen einig, dass dieses Projekt gestoppt werden muss. Sie hätten die Hoffnung, dass die europäischen Partner, die EU und die Europäische Kommission die richtige Entscheidung treffen würden. „Die richtige Entscheidung für unsere Länder, für unsere Völker und unsere Zukunft“, betonte er.

[de.sputniknews.com: „Kindliche Naivität“: Russischer Geheimdienstchef über Mays Worte](#)
Der Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR, Sergej Naryschkin, hat die Erklärung von der britischen Ministerpräsidentin, Theresa May, über die Unterminierung der angeblichen Aufklärungskapazitäten Russlands in Großbritannien kommentiert.

„Diese Erklärung ist eine Mischung aus kindlicher Naivität und beruflicher Inkompetenz“, sagte Naryschkin gegenüber Sputnik.

Zuvor hatte May erklärt, London weise 23 russische Diplomaten aus und stelle alle Kontakte auf hoher Ebene mit Russland ein. May zufolge werde dies die Arbeit des russischen Aufklärungsdienstes in Großbritannien für viele Jahre grundlegend untergraben....



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30663/13/306631355.jpg>

de.sputniknews.com: **Syrien: US-Instrukteure bereiten Kämpfer für Provokationen mit C-Waffen vor**

Nach Angaben des russischen Generalstabs haben US-amerikanische Instrukteure in der syrischen Ortschaft Al-Tanf mehrere Terroristengruppen dafür ausgebildet, Provokationen mit chemischen Waffen durchzuführen. Laut General Sergej Rudskoj soll so ein Vorwand für Militärschläge Washingtons geschaffen werden.

"Wir wissen zuverlässig, dass amerikanische Ausbilder im Gebiet rund um die Stadt Al-Tanf mehrere Gruppen von Militanten ausgebildet haben, um Provokationen mit chemischen Waffen durchzuführen", sagte er.

Der russische Generalstab erklärte auch, dass nach Geheimdienstinformationen mindestens 20 Tonnen Chlor in die südliche Deeskalationszone gebracht worden seien, die für die Giftgas-Provokationen genutzt werden könnten.

Die giftigen Substanzen seien dorthin unter dem Deckmantel von humanitären Lieferungen einiger NGOs in 20 Containern gebracht worden.

"Sie bereiten eine Reihe von Provokationen mit Sprengsätzen vor, die mit den giftigen Substanzen gefüllt sind", so der Vertreter des russischen Generalstabs.

Diese Provokationen sollen dann nach Angaben der russischen Militärbehörde als Vorwand für US-Schläge in Syrien genutzt werden.

"Es ist geplant gewesen, alle vorbereiteten Provokationen breit in den westlichen Medien abzuarbeiten. Diese Provokationen sollten den USA und ihren Verbündeten als Vorwand dazu dienen, militärische und staatliche Einrichtungen in Syrien anzugreifen", sagte er.

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**. In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung entlang der Kontaktlinie festgestellt.

Gestern hat Pjotr Poroschenko erklärt, dass die „Antiterroroperation“ bald beendet und die sogenannte „Operation der Vereinigten Kräfte“ beginnen wird. Mit solchen Handlungen hat der Präsident der Ukraine nur unsere täglichen Erklärungen bestätigt, dass es auf dem Territorium der Republiken keine Terroristen gibt, sondern ein Krieg gegen die friedliche

Bevölkerung des Donbass geführt wird. Die Annahme eines neuen Formats der Operation gegen die LVR und die DVR demonstriert deutlich die Absichten Kiews, den Konflikt ausschließlich auf militärischem Weg zu lösen und die internationalen Verpflichtungen, unter anderem die im Format der Minsker Vereinbarungen, zu ignorieren.

Der moralisch-psychische Zustand der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die sich in der Zone der sogenannten „Operation der Vereinigten Kräfte“ befinden, könnte besser sein. So hat das Kommando der 10. Gebirgsturmgrade im Zusammenhang mit den sich häufenden Fällen von Desertion die Entscheidung getroffen, Soldaten, die sich eigenmächtig von ihren Positionen entfernen, nicht nur ihre Prämie für die Teilnahme an der „Operation der Vereinigten Kräfte“ zu entziehen, sondern auch den gesamten Sold für einen Monat. Gerade diese Brigade hat gestern P. Poroschenko besucht.

Die verbrecherische militärische Führung der Ukraine übt weiter Druck auf Soldaten der Volksmiliz der LVR und ihre Verwandten aus, um sie anzuwerben und die notwendigen Informationen zu erhalten. Solche Aktivitäten sind eine direkte Verletzung des Zusatzprotokolls zur Genfer Konvention vom 12. August 1949, namentlich Punkt 2 von Artikel 51, der lautet, dass die Zivilbevölkerung als solche und auch Zivilisten keine Objekte von Angriffen sein dürfen, Gewaltakte und Drohungen mit Gewalt, die das Hauptziel haben, die Zivilbevölkerung zu terrorisieren, sind verboten.

Die grobe Verletzung internationaler Normen durch die ukrainische Regierung ist offensichtlich. Und so ist es in allem, seitdem die ungesetzliche Regierung der Ukraine 2014 auf ungesetzliche Weise durch einen bewaffneten Staatsstreich an die Macht gekommen ist. Ich versichere den Einwohnern der LVR, dass die Einheiten der Volksmiliz bereit sind, der Aggression Kiews zu widerstehen. Ein weiteres Mal will ich erklären, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen genau einhält. Wir treten für Verhandlungen und eine Lösung der Konflikts auf friedlichem Weg ein, aber im Falle einer direkten Aggression behalten wir uns das Recht auf erwidernde Handlungen vor. Wir hoffen, dass die Staatsoberhäupter der Normannischen Vier und die Weltöffentlichkeit die aggressiven Handlungen des ukrainischen Präsidenten nicht unbemerkt lassen.

de.sputniknews.com: **Russisches Außenministerium nennt mögliche Herkunftsländer von „Nowitschok“-Gift**

Das russische Außenministerium hat am Samstag mögliche Herkunftsländer des Gifts „Nowitschok“, mit dem der Ex-Doppelagent Sergej Skripal angeblich vergiftet wurde, genannt.

Laut der Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, sind Großbritannien, die Slowakei, Tschechien, Schweden und eventuell die USA mögliche Herkunftsländer von „Nowitschok“.

„Auf welche Weise wurde ein Gutachten über eine Spur, die genau auf Russland Bezug hat, eingeholt, wenn sie uns diese Proben nicht übergaben? Denn sie haben logischerweise diesen Stoff nicht und sollen ihn nicht haben“, sagte Sacharowa gegenüber dem Sender „Rossija 24“. „Welche Muster haben sie als Vergleichsbasis herangezogen, um diese Gutachten zu machen? Da drängt sich eine Schlussfolgerung auf, oder vielleicht keine Schlussfolgerung, sondern Fragen: Das bedeutet, dass sie Muster haben, die sie verstecken, oder es ist alles eine Lüge, vom Anfang bis zum Ende“.

„Die wahrscheinlichsten Herkunftsländer dieser Chemikalie sind die Länder, die seit dem Ende der 90-er Jahre und auch bis heute Stoffe aus dem Projekt ‚Nowitschok‘ intensiv untersuchen“, so Sacharowa weiter. „Diese Länder sind Großbritannien, die Slowakei, Tschechien, Schweden, und was die USA betrifft, sollten wir auch Fragen stellen“. Sie fügte hinzu, man könne nur herauszufinden, welche Länder hinter der Entwicklung der Chemikalie stecken, wenn die britische Premierministerin und die Experten die Formel veröffentlichen würden.

Die Außenamtssprecherin merkte auch an, dass die britische Premierministerin, Theresa May, die Schablonenbezeichnung „Nowitschok“ absichtlich verwende, um eine Assoziation mit Russland zu wecken.

„Die britische Premierministerin operiert nicht mit der Formel, die britische Premierministerin operiert mit dieser Schablonenbezeichnung, die momentan eine Assoziation mit der Russischen Föderation und mit etwas Russischem weckt“, betonte Sacharowa. Sie unterstrich, in Russland habe es nie Forschungen zu C-Waffen unter dem Decknamen „Nowitschok“ gegeben....

de.sputniknews.com: US-Luftfahrtbehörde nennt Ziel von Hubschrauberflug über Russlands Botschaft

Der Hubschrauber, der am vergangenen Sonntagabend über der russischen Botschaft in Washington gekreist ist und dabei einen Lichtwerfer in die Fenster der Botschaft gerichtet hat, gehört laut einer Sprecherin der US-Bundesluftfahrtbehörde (Federal Aviation Administration) den Ordnungshütern.

Zuvor hatte die Botschaft Fotos von einem Hubschrauber in ihrem Twitter-Account veröffentlicht, der am 11. März in der Umgebung der russischen diplomatischen Vertretung gekreist war. In ihrem Twitter-Kommentar nahmen die Mitarbeiter der Botschaft an, der Helikopter habe wahrscheinlich nach den „Spuren der russischen Einmischung“ in die US-Präsidentenwahl gesucht.

Der Helikopter gehöre den ordnungshütenden Organen und habe seine Aktivitäten mit Wissen der Dienste unternommen, die die Luftfahrt kontrollieren würden, hieß es. „Sie flogen im Auftrag in diesem Stadtteil: Entweder suchten sie nach irgendetwas oder reagierten auf einen Anruf“, sagte die Sprecherin gegenüber Sputnik.

Die Frage, zu welcher Behörde der Hubschrauber gehöre, ließ die Sprecherin unbeantwortet. Zuvor hatte die Washingtoner Polizei gegenüber Sputnik mitgeteilt, sie habe keine Informationen über dieses Luftfahrzeug.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess teilt mit, dass die ukrainischen Kollegen im GZKK bis zum 17. März für keine einzige ihnen geschickte Anmeldung Sicherheitsgarantien erteilt haben.

Von 9 eingereichten Anmeldungen zur Erteilung von Sicherheitsgarantien zur Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten wurden 7 ignoriert.

Derzeit haben die ukrainischen Kollegen folgende Anmeldungen nicht beantwortet:

- Nr. 101 von 02.03.2018 zur Durchführung von Reparaturarbeiten an der Unterstation „Dolomit-110kW“, gemäß einer Anmeldung des republikanischen Unternehmens „Regionale Energieversorgungsgesellschaft“ Nr. 07/428 vom 26.02.2018;
- Nr. 103 vom 03.03.2018 zur Durchführung von Reparaturarbeiten im Gebiet der Donezker Filterstation an der Unterstation „DFS-110kw“;
- Nr. 105 und Nr. 107 vom 03.03.2018 zur Durchführung von Reparaturarbeiten an einer Stromleitung und Strompfeilern im Bereich der Unterstation „Dolomit“ in Nabereshnoje gemäß den Anmeldungen des republikanischen Unternehmens „Regionale Energieversorgungsgesellschaft“ Nr. 05/2379 und Nr. 05/2407. Wegen der kritischen Schäden hat Nabereshnoje bis jetzt keinen Strom;
- Nr. 112 vom 05.03.2018 für Stromversorgungseinrichtungen bei Ulegorsk gemäß einer Anmeldung des republikanischen Unternehmens „Regionale Energieversorgungsgesellschaft“ Nr. 06/457 vom 01.03.2018;
- Nr. 114 vom 05.03.2018 zur Durchführung von Reparaturarbeiten an Stromversorgungseinrichtungen bei Jasinowataja gemäß einer Anmeldung des republikanischen Unternehmens „Regionale Energieversorgungsgesellschaft“ Nr. 6/458 vom

01.03.2018;

- Nr. 115 vom 05.03.2018 zur Durchführung von Reparaturarbeiten an Stromversorgungseinrichtungen bei Jasinowataja gemäß einer Anmeldung des republikanischen Unternehmens „Regionale Energieversorgungsgesellschaft“ Nr. 06/459 vom 01.03.2018.

Wir stellen fest, dass die Nichtabstimmungen von Sicherheitsgarantien von Seiten der ukrainischen Kollegen im GZKK systematischen Charakter hat. Die ukrainische Seite erfüllt die übernommenen Verpflichtungen nicht und denkt sich jedes Mal zweifelhafte Vorwände aus, um die Durchführung der Reparaturarbeiten zum Scheitern zu bringen.

Am 16. März hat die Vertretung der DVR im GZKK wiederholte Anfragen zu allen nicht erfüllten Anmeldungen gestellt.

Wir rufen die OSZE-Mission auf, bei der Erteilung von Sicherheitsgarantien durch die ukrainische Seite im GZKK Unterstützung zu leisten, um eine Verschlechterung der humanitären Situation auf dem Territorium des Donbass zu verhindern.

de.sputniknews.com: Ukrainische Geheimgefängnisse: TV veröffentlicht Aussagen von Ex-Gefangenen

Der ukrainische Fernsehsender „Gromadske TV“ hat eine Recherche veröffentlicht, in der neue Beweise über die Existenz von Geheimgefängnissen des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU dargelegt worden sind.

Die Journalisten interviewten fünf Einwohner von Charkow, die behaupteten, sich mehrere Jahre in geheimer Untersuchungshaft der SBU ohne Erhebung jeglicher Anklagen befunden zu haben. Ihnen sollen „separatistische“ Tätigkeiten vorgeworfen worden sein. Einer von ihnen soll eine Fahne der Donezker Volksrepublik aufgezo-gen haben, ein anderer soll sich an der Vorbereitung des Unabhängigkeitsreferendums beteiligt haben.

Den drei ehemaligen Insassen sei eine Video-Besichtigung eines SBU-Gefängnisses gezeigt worden. Alle drei hätten über Details gesprochen, die im Video nicht zu sehen sind. Die Journalisten hätten diese Tatsachen während ihres Besuchs der Charkower SBU-Verwaltung geprüft und die Angaben der Insassen über den Alltag im Gefängnis bestätigt, heißt es in der Dokumentation.

Die Journalisten merkten an, die Strafverfahren gegen die Insassen seien aussichtslos gewesen. Sie vermuteten, dass diese fünf Menschen verhaftet worden seien, um sie später gegen gefangene Soldaten der ukrainischen Armee im Donbass auszutauschen.

Im Juli 2016 hatten Amnesty International und Human Rights Watch einen gemeinsamen Bericht über willkürliche Verhaftungen und Folter in der Ostukraine veröffentlicht. Nach der Veröffentlichung des Berichts waren 13 Insassen des Charkower Gefängnisses freigelassen worden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31731/91/317319189.jpg>

abends:

ukrinform.ua: Ostukraine Serhij Najew wird Kommandeur der Vereinigten Kräfte
Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat Generalleutnant Serhij Najew zum
Kommandeur der Vereinigten Kräfte in der Ostukraine ernannt.

„Das Format der Antiterror-Operation wird durch die Operation der Vereinigten Kräfte
geändert werden“, schrieb der Staatschef auf Facebook. Der Kommandeur der Vereinigten
Kräfte übernehme das Kommando über die Streitkräfte der Ukraine und andere militärische
Formationen.

Der Staatschef habe Najew den Auftrag gegeben, die Streukräfte so zu stärken, dass sie nicht
nur verteidigungsfähig sind, sondern auch fähig sein werden, die besetzten Gebiete zu
befreien.

Generalleutnant Serhij Najew war bis zu seiner Ernennung der stellvertretende
Generalstabschef der ukrainischen Streitkräfte. Zuvor diente er als Stabschef der
Landstreitkräfte der ukrainische Armee.

Dnr-online.ru: Der Beginn der neuen Operation, die vom Präsidenten der Ukraine
Poroschenko angekündigt wurde, wirkt in keiner Weise auf die Situation ein. Bisher sieht das
wie eine neue Verpackung für das aus, was war und ist, das Wesen bleibt das vorherige.

Wir stellen Verletzungen der Festlegungen im Sicherheitsblock der Minsker Vereinbarungen
durch die ukrainische Seite fest und das wird von der OSZE-Mission bestätigt.

Erst wenn die Kiewer Regierung beginnen wird, die Dinge bei ihrem Namen zu nennen und
reale Schritte zu Frieden tun, erst dann ist ein Fortschritt bei der Regelung des Konflikts
möglich. Wir wissen, dass bei uns Bürgerkrieg ist und wir erfüllen die Minsker
Vereinbarungen.

Von der ukrainischen Seite sehen wir bisher keine reale Unterstützung für den Frieden im
Donbass, nur neue Benennungen für die Kämpfe.

Der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess, Ruslan Jakubow

de.sputniknews.com: „**Vereinfachung und grobe Propaganda**“: Lawrow kommentiert **Zustand westlicher Medien**

Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, hat gegenüber dem kasachischen Fernsehen seine Meinung über den Zustand der westlichen Propaganda geäußert. Den Text des Interviews veröffentlichte das Ministerium auf seiner offiziellen Seite.

„Die westliche Propaganda wird leider einerseits primitiver und andererseits frecher. **Die Köpfe der Bürger werden mit einfachen kurzen Sätzen ohne Analyse vollgestopft**“, sagte der Minister in einem Interview mit dem staatlichen TV- und Rundfunksender Kasachstans. Demzufolge werden Informationen in den westlichen Medien „sehr vereinfacht, auf eine grobe propagandistische Weise“ dargestellt. „(Der russische Schriftsteller – Anm. d. Red.) M.A. Bulgakow hat geschrieben: ‚Lesen Sie am Morgen keine sowjetischen Zeitungen‘. Jetzt leben wir in einer Welt, wo man keine westlichen Zeitungen lesen sollte“.

Der Diplomat wies darauf hin, dass in den westlichen Medien in ganz verschiedenen Situationen Doppelstandards verwendet würden.

„Als die Befreiungsoperation in Ost-Aleppo durchgeführt wurde, haben sich dieselben westlichen Medien – Zeitungen, Fernsehen, Internetmagazine – heiser geschrien, als sie erklärt haben, das sei eine humanitäre Katastrophe. Als die US-Koalition das irakische Mossul und dann das syrische Rakka befreiten, hat es solche ‚Schreie‘ (entschuldigen Sie diese nicht parlamentarische Wendung), solche Hysterie nicht gegeben“, so Lawrow.

Demzufolge habe es dabei weder in Rakka noch in Mossul einen humanitären Korridor gegeben und über die Zulieferung humanitärer Hilfsgüter habe man sich „keine besonderen Gedanken gemacht“.

Weiter im Interview bezeichnete Lawrow die Anwesenheit von Spezialkräften der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Syrien als eine „direkte Beteiligung am Krieg“. Er drückte außerdem die Hoffnung aus, dass sich alle anderen bewaffneten Gruppierungen im syrischen Ost-Ghuta von der Terrormiliz „Dschebhat an-Nusra“ trennen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31816/14/318161432.jpg>